

**30 Jahre
Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991
über die Verlagerung des Parlamentssitzes und
des Kernbereichs der Bundesregierung nach Berlin
sowie den Ausgleich für die Region Bonn**

I. Zusammenfassung

Zeittabelle:

- 03.10.1990 Tag der Deutschen Einheit
- 20.06.1991 Umzugsbeschluss des Deutschen Bundestages (338 Stimmen für Berlin und 320 Stimmen für Bonn)
- 01.01.1994 Umzug des Bundespräsidenten nach Berlin
- 26.04.1994 Inkrafttreten des Berlin/Bonn-Gesetzes
- 29.06.1994 Abschluss der Ausgleichsvereinbarung mit der Region Bonn
- 20.06.1996 Ansiedlung der Vereinten Nationen in Bonn
- 01.07.1999 letzte Sitzung des Deutschen Bundestages in Bonn und Beginn des Umzugs von Parlament und Teilen der Bundesregierung nach Berlin
- 2000 Umzug des Bundesrates
- 2004 Auslaufen der Förderung nach der Ausgleichsvereinbarung
- 2008- 2018 kontinuierlicher Abbau von ministeriellen Arbeitsplätzen in Bonn – im Widerspruch zum Berlin/Bonn-Gesetz
- 12.03.2018 Zusage der die Bundesregierung tragende Koalition zum Abschluss eines „Bonn-Vertrages“ mit der Region

Bonn – 30 Jahre Entwicklung in Zahlen

	1990/91	2020/21
Einwohner/innen	rd. 292.300	rd. 333.800
Beschäftigte	rd. 188.300	rd. 253.000
davon		
ministerielle Arbeitsplätze	rd. 21.200	rd. 6.600

Bonn war bis zum Beginn des Umzuges 1999 Sitz:

- des Deutschen Bundestages,
- des Bundesrates,
- der Bundesregierung (Bundeskanzleramt und 19 Bundesministerien mit rd. 21.200 Beschäftigten),
- des Bundespräsidenten (Umzug 1994; seither ist Bonn 2. Amtssitz)
- von 16 Landesvertretungen (rd. 600 Beschäftigte),
- des Diplomatischen Corps (rd. 5.000 Beschäftigte),
- von Lobby und Verbänden (rd. 4.000 Beschäftigte) sowie
- von zahlreichen nationalen und internationalen Medien (rd. 1.400 Beschäftigte).

In Bonn als zweitem bundespolitisches Zentrum sind heute angesiedelt:

- 25 Organisationen und Programme der Vereinten Nationen mit rd. 1.000 Arbeitsplätzen, darunter UNFCCC, UNCCD und UNV im neu errichteten UN-Campus,
- 6 Bundesministerien mit erstem Dienstsitz (BMZ, BMBF, BMU, BMG, BMEL, BMVg) und allen weiteren mit zweitem Dienstsitz mit insgesamt rd. 6.600 Arbeitsplätzen,
- der zweite Amtssitz des Bundespräsidenten in der Villa Hammerschmidt,
- zahlreiche Bundesbehörden, Teile von Bundesbehörden und bundesgeförderte Einrichtungen, von denen rd. 20 auf der Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes nach Bonn verlagert wurden: z. B. Bundeskartellamt oder Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte aus Berlin oder der Bundesrechnungshof aus Frankfurt. In der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahr sind heute Bundeseinrichtungen mit rd. 30.000 Beschäftigten angesiedelt, darunter auch Bundeswehr und Bundespolizei.
- Deutsche Welle und der Fernsehsender Phoenix,
- eine Reihe von Verbänden, die ihren Sitz in Bonn belassen haben.

Bonn – Sitz von bedeutsamen Einrichtungen (Beispiele):

Bereich: Internationale Zusammenarbeit

- Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ),
- Engagement Global gGmbH,
- Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gGmbH,
- Deutsche Welthungerhilfe e. V.,
- Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersagen (EZMW), ab 2021,
- Internationales Paralympisches Committee (IPC),
- rd. 150 nationale und internationale Nicht-Regierungsorganisationen,
- Word Conference Center Bonn (WCCB): Bonn verfügt seit 2015 unter Einbeziehung des ehem. Plenarbereichs des Deutschen Bundestages über ein internationales Konferenz-Zentrum (WCCB), in dem z. B. 2017 der UN-Weltklimagipfel (COP 23) stattfand.

Bereich: Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport

- Universität Bonn – gegr. 1818 und seit 2019 eine von 11 deutschen Exzellenzuniversitäten mit 6 Exzellenzclustern, 200 Studienfächern und 35.000 Studierenden,
- Hochschule Bonn/Rhein-Sieg (St. Augustin und Rheinbach),
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD),

- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG),
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB),
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK),
- Studienstiftung des deutschen Volkes,
- Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH),
- Gustav-Stresemann-Institut (GSI),
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK),
- 3 Max-Planck-Institute (MPI),
- Forschungszentrum caesar (wird zum 4. Bonner MPI umgewandelt),
- 7 Fraunhofer Institute (im Rhein-Sieg-Kreis),
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Köln und Bonn,
- Wissenschaftszentrum Bonn,
- Life & Brain GmbH,
- Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE),
- Deutsches Institut für Erwachsenenbildung,
- Bundeskunsthalle,
- Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,
- Haus der Kultur mit 18 z. T. national agierenden Kulturverbänden,
- Bundesinstitut für Sportwissenschaft,
- Nationale Anti-Doping-Agentur (NADA)

Bereich: Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft

- Bundesamt für Naturschutz (BfN),
- Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM),
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE),
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung

Bereich: Verteidigung

- Bundeswehr-Kommando Cyber und Informationsraum (CIR),
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz, und Dienstleistungen der Bundeswehr,
- Internationale Rüstungsagentur OCCAR

Sonstige bedeutende Bundeseinrichtungen in Bonn:

- Bundesrechnungshof (BRH),
- Bundeskartellamt (BKartA),
- Bundesnetzagentur (BNA),
- Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI),

- Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI),
- Bundesamt für Justiz (BfJ),
- Beschaffungsamt des BMI,
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb),
- Bundeskriminalamt, Meckenheim,
- Bundespolizei, St. Augustin,
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),
- Bundesanstalt Technisches Hilfswerk,
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR),
- Bundeszentralamt für Steuern,
- Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA),
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin),
- Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BaPT),
- Bundesamt für Soziale Sicherung,
- Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz,
- Zentralstelle für Arbeitsvermittlung,
- Eisenbahnbundesamt (EBA),
- Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt

Bereich: Wirtschaft

- Deutsche Telekom AG,
- Deutsche Post/DHL,
- Deutsche Postbank AG,
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW),
- Sparkasse KölnBonn,
- Stadtwerke Bonn GmbH,
- GKN Sinter Metals Components GmbH,
- SGL Carbon GmbH,
- Kautex Textron GmbH & Co. KG
- Tank & Rast Gruppe GmbH & Co. KG

II. Bonn 2021 – 30 Jahre nach dem Umzugsbeschluss

1. Infolge der Deutschen Einheit hat der Deutsche Bundestag am 20. Juni 1991 beschlossen, seinen Sitz nach Berlin zu verlagern. Zudem hat er die Erwartung an die Bundesregierung geäußert, den Kernbereich der Regierungsfunktionen ebenfalls zeitgleich in die Bundeshauptstadt Berlin zu verlagern. Der Beschluss des Deutschen Bundestages beinhaltet zudem **Zusagen für die Region Bonn, die zeitlich nicht befristet sind**: So soll zwischen Berlin und Bonn eine faire Arbeitsteilung vereinbart werden, ... wodurch der **größte Teil der ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn** erhalten bleibt. Weiterhin sollen in Bonn neue Funktionen und Institutionen angesiedelt und ein angemessener Ausgleich gewährt werden.
2. Mit dem Berlin/Bonn-Gesetz vom 26. April 1994 wurden in Bonn rd. 20 Bundesbehörden, Behördenteile und bundesgeförderte Einrichtungen neu angesiedelt und die nachfolgenden **Politikbereiche für Bonn** gebildet:
 - Bildung, Wissenschaft, Kultur, Forschung und Technologie, Telekommunikation,
 - Umwelt und Gesundheit,
 - Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
 - Entwicklungspolitik, nationale und internationale Einrichtungen,
 - Verteidigung.
3. Diese Politikbereiche sollen gemäß Berlin/Bonn-Gesetz durch den Verbleib der entsprechenden Bundesministerien mit erstem Dienstsitz in Bonn sowie durch die **Neuansiedlung** von nationalen und internationalen Einrichtungen weiter gestärkt werden. Zudem sollte der größte Teil der Arbeitsplätze in den Bundesministerien in Bonn verbleiben.
4. Infolge des Umzugs von Parlament, Teilen der Bundesregierung, von Lobby/Verbänden, Botschaften, Medien, etc. sind in Bonn und der Region mit dem Umzug 1999 **rd. 22.400 Arbeitsplätze verloren gegangen**. Rd. 6.700 Arbeitsplätze konnten durch die Neuansiedlung von etwa 20 Bundesbehörden, Behördenteilen und bundesgeförderten Einrichtungen unmittelbar neu geschaffen werden.
5. Zum Ausgleich der erheblichen Arbeitsplatzverluste wurden der Region Bonn auf der Grundlage der Ausgleichsvereinbarung vom 29. Juni 1994 in den Jahren 1994 – 2004 Ausgleichsleistungen in Höhe von insgesamt 1,44 Mrd. EUR zur Übernahme und **Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich** zur Verfügung gestellt. Mit diesen Ausgleichsmitteln wurden rd. 90 Projekte (u. a. Forschungszentrum

caesar, die Universitätsinstitute ZEI und ZEF, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, Erschießung des ehem. Geländes der Zementfabrik (heute: „Bonner Bogen“), ICE-Anbindung des Flughafens Köln/ Bonn), Digitales Beethoven-Haus Bonn, und weitere rd. 200 Einzelmaßnahmen in der Region Bonn realisiert.

6. Mit Hilfe der Ausgleichsleistungen des Bundes, der Ansiedlung der Deutschen Welle sowie der Ansiedlung von inzwischen etwa 20 Organisationen und Einrichtungen der **Vereinten Nationen** ab dem Jahr 1996 und nicht zuletzt der eigenen Kraftanstrengungen der Region Bonn konnten die Folgewirkungen des Umzuges im Wesentlichen kompensiert und der **Strukturwandel erfolgreich gemeistert** werden.

7. Die Erfolge des Strukturwandels können auf Dauer aber nur gesichert werden, wenn die der Region Bonn zugesagte faire Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn auch in Zukunft Bestand hat. Diese **faire Arbeitsteilung ist** jedoch spätestens seit 2008 **nicht mehr gegeben**. 30 Jahre nach dem Umzugsbeschluss sind von den etwa 22.400 Arbeitsplätzen in den Bundesministerien insgesamt nur noch rd. 6.600, also rd. 30 %, in Bonn angesiedelt, was nicht nur nach Auffassung der Region dem Berlin/Bonn-Gesetz widerspricht.

8. Der Bundesrechnungshof hat bereits vor Jahren die Kosten für einen vollständigen Umzug aller Bundesministerien nach Berlin mit rd. 5 Mrd. EUR beziffert. Dem gegenüber belaufen sich die jährlichen **Aufwendungen der Aufteilung von Regierungsfunktionen** zwischen Berlin und Bonn auf rd. 8,6 Mio. EUR (2018). Darin sind auch die Aufwendungen für Dienstreisen zwischen den beiden Städten enthalten. Der Bund beziffert die Gesamtanzahl seiner dienstlichen Inlandsflugreisen für 2018 mit rd. 229.000. Die Anzahl aller Dienstreisen zwischen den Bundesministerien in Berlin und Bonn wird für 2018 mit 18.730, davon rd. 12.000 Flugreisen, angegeben. Damit beruhen lediglich 5,2 % aller dienstlichen Flugreisen des Bundes auf der Aufteilung der Bundesministerien zwischen Berlin und Bonn.
Inzwischen hat die Corona-Krise gezeigt, dass die Bundesregierung ihre Arbeit dank digitaler Instrumente durchaus reibungslos und klimafreundlich von 2 Standorten aus bewältigen kann. Sowohl weitere Umzüge von Beschäftigten als auch eine Wiederaufnahme der früheren zahlreichen Dienstreisen sollte sich damit für die Zukunft erübrigen haben.

9. Eine weitere oder gar eine vollständige **Verlagerung von ministeriellen Arbeitsplätzen hätte für Bonn und die Region zudem weitergehende Folgen**, als nur der Verlust einiger Tausend Arbeitsplätze:

- der bisher gelungene – und mit erheblichen Ausgleichsmitteln des Bundes geförderte – Strukturwandel in der Region Bonn würde insgesamt gefährdet,
- Einrichtungen der Vereinten Nationen, in Bonn ansässige Nicht-Regierungsorganisationen, sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen würden damit ihren Standort in Bonn möglicherweise infrage stellen, weil die Ansprechpartner in den Bundesministerien nicht mehr „vor Ort“ sind, und ihren Sitz ebenfalls kurz- oder mittelfristig von Bonn weg verlagern,
- in Bonn und der Region noch ansässige Lobbyisten und Verbände würden ihren Standort Bonn sukzessive aufgeben,
- infolgedessen würde das von der Stadt Bonn mit Unterstützung des Bundes und des Landes NRW errichtete internationale Kongresszentrum (WCCB) nicht mehr seinen Bestimmungszweck erfüllen können,
- für bisher vom Bund genutzte eigene Liegenschaften würde es keine Nachfolgenutzung mehr geben,
- die Region Bonn würde damit nicht nur in erheblichem Umfang Arbeitsplätze, sondern auch in großem Umfang Einwohner und letztlich auch Kaufkraft verlieren,
- die Region würde aufgrund ihres „Verlierer-Images“ im nationalen Standortwettbewerb keine neuen Ansiedlungen mehr realisieren können.

10. Die **Zukunftsperspektiven der Region Bonn** stützen sich daher nach wie vor auf die Festlegungen des Berlin/Bonn-Gesetzes. In den rd. 20 Jahren seit dem Umzug hat Bonn in seiner neuen Funktion als „Bundesstadt“ national wie international wieder großes Renommee erlangt. Auf der Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes hat die Bundesstadt Bonn im nationalen Interesse ein zukunftsorientiertes eigenständiges Profil und ausgeprägte Potenziale in den Kompetenzbereichen Politik, Verwaltung, Internationales und Wissenschaft entwickelt. In der Bundesstadt Bonn sind hochgradig ausdifferenzierte Strukturen und ein komplexes Kooperationsgeflecht aus Bundesministerien, Bundesbehörden, UN-Institutionen, dem World Conference Center Bonn (WCCB), Nicht-Regierungsorganisationen, renommierten Wissenschaftseinrichtungen, international operierenden Wirtschaftsunternehmen und Medien entstanden, die sich in der jeweiligen spezifischen Ausrichtung und Fokussierung auf Zukunftsthemen hervorragend ergänzen und gerade in ihrer hoch funktionalen wechselseitigen Verflechtung ein einzigartiges Netzwerk bilden.

11. Die die Bundesregierung tragende Koalition hat sich in ihrem **Koalitionsvertrag** vom 12. März 2018 ausdrücklich zum Berlin/Bonn-Gesetz bekannt. In dem Vertrag heißt es: *„Wir stehen zum Berlin/Bonn-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum. Der Bund wird mit der Region sowie den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine vertragliche Zusatzvereinbarung (Bonn-Vertrag) schließen.“*

12. Vor diesem Hintergrund haben Bonn und die Region gemeinsam mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit ihrem Leitbild vom 17. Juni 2019 Perspektiven für die künftige Entwicklung der Region – als **Kompetenzzentrum für Deutschland** – aufgezeigt:

- Bonn – als zweites politisches Zentrum des Bundes,
- Bonn – als deutscher Standort der Vereinten Nationen und internationaler Einrichtungen,
- Bonn – als internationaler Wissenschaftsstandort und Standort für Cyber-Security und Datensicherheit,
- Bonn – Kultur für internationale Gäste,
- Sicherung einer umweltgerechten Mobilitätsfähigkeit der Region Bonn.

Diese Kernpunkte sollen in einen Vertrag zwischen der Region und den beiden Bundesländern mit dem Bund einfließen, um das Profil der Bundesstadt Bonn als Kompetenzzentrum für die Bundesrepublik Deutschland weiter zu schärfen und dauerhaft zu sichern.

13. Obwohl es bisher noch zu keiner vertraglichen Vereinbarung gekommen ist, engagiert sich der Bund aktuell mit einer Reihe von Maßnahmen für die Region, mit denen das Kompetenzzentrum weiter gestärkt wird: So konnten die Neubauten für die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und für Engagement Global gGmbH inzwischen bezogen werden, der Neubau für das UN-Klimasekretariat (UNFCCC) steht vor der Fertigstellung und mit dem Neubau für das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) soll alsbald begonnen werden. Besonders hervorzuheben ist das erfolgreiche Engagement des Bundes um die Ansiedlung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersagen (EZMW). Nachdem sich das EZMW im Dezember 2020 für einen neuen Standort in Bonn entschieden hat, wird der Bund auch für diese internationale Einrichtung einen Neubau errichten.

14. Dessen ungeachtet ist derzeit nicht erkennbar, ob, mit welchen Inhalten und ggf. zu welchem Zeitpunkt der Bund bereit sein wird, mit der Region die zugesagte vertragliche Vereinbarung über die zukünftige Entwicklung zu schließen. Die Region bleibt gesprächsbereit und der Bund bleibt aufgerufen, weiterhin zu seinen Zusagen zu stehen und der Region mit der Umsetzung der von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen und Projekte die Möglichkeit zu eröffnen, den bisher beschrittenen Weg zu einem „*Kompetenzzentrum für Deutschland*“ erfolgreich weiter zu gehen.